

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Berlin, 29. Juni 2017

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Ich halte heute meine letzte Rede im Deutschen Bundestag, weil ich nicht mehr für den Bundestag kandidiere. Ich möchte mich deshalb von dieser Stelle aus bei allen derzeitigen und ehemaligen Abgeordneten für die gute Zusammenarbeit und für ihre Kollegialität und bei meinen Mitarbeitern für deren Unterstützung bedanken. Einen besonders herzlichen Dank übermittle ich allen Bürgerinnen und Bürgern meiner Stadt, die mich seit 1990 bei meiner politischen Arbeit in Mannheim, Bonn und Berlin unterstützt haben. Es ist mir ein großes Anliegen, die Mannheimerinnen und Mannheimer von hier aus wissen zu lassen, daß ich mich auch künftig als Mannheimer Stadtrat für ihre Interessen und Anliegen einsetzen werde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, uns liegen mehrere Anträge der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung vor, die Abrüstung und eine atomwaffenfreie Welt fordern. Diese Ziele sind ehrbar und richtig. Im Prinzip unterstützt sie jeder vernünftige Mensch. Doch leider entsprechen sie nicht der sicherheitspolitischen Realität. Beinahe täglich erreichen uns Nachrichten von der koreanischen Halbinsel, die uns mit Sorge erfüllen. Beinahe täglich müssen wir erfahren, daß Rußland den Luftraum seiner Nachbarländer verletzt. Die Situation in der Ost-Ukraine kann man wohl kaum als zufriedenstellend bezeichnen und die Okkupation der Krim-Halbinsel kann von demokratischen Staaten nicht hingenommen werden. In Syrien setzt ein Diktator Chemiewaffen ein und eine Reihe von Staaten in Afrika haben große Probleme, islamistischen Terrorgruppen Einhalt zu gebieten. Und trotz dieses sicherheitspolitischen Szenarios wird in einem Antrag der Opposition die Forderung erhoben, ich zitiere, „jegliche Exporte von deutschen Rüstungsgütern, inklusive Kleinwaffen, in die Länder außerhalb Europas

sofort zu verbieten“. Ich frage mich ernsthaft: sollen wir also nicht mehr die Armee in Mali mit Gerät unterstützen, um den Vormarsch islamistischer Kräfte zu stoppen? Sollen wir also nicht mehr die Peschmerga unterstützen, die Todesschwadronen des IS im Norden des Irak aufzuhalten? Sollen wir also nicht mehr Südkorea unterstützen, wehrhaft gegenüber dem Nachbarn im Norden zu sein? Sollen wir Israel hilflos den Aggressionen der Hamás aussetzen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Ihrem Antrag sprechen Sie sich auch für ein völkerrechtlich verbindliches Verbot von bewaffneten Drohnen aus. Dies bedeutet im Umkehrschluß, daß führende Köpfe des IS und anderer Terroreinheiten nicht mehr ausgeschaltet werden könnten, ohne daß es zu Verlusten bei der Zivilbevölkerung kommt.

Die Frage, die sich bei all diesen Forderungen zwingend aufdrängt, ist, welche Mittel und Maßnahmen denn überhaupt angewandt werden sollten, um Frieden, Sicherheit und Stabilität zu erreichen. Ihrem Antrag ist zu entnehmen, daß Sie Rüstungsbegrenzung und internationale Verträge als Mittel betrachten, Angriffskriege unmöglich zu machen. Das würde ich mir auch wünschen. Die Erfahrungen der Vergangenheit aber zeigen, daß Verträge mit Despoten, die unter Eroberungsabsichten handeln, weder das Papier noch die Tinte wert sind. Und wie man internationale Verträge mit Terrorgruppen wie dem IS schließen soll, ist mir ein Rätsel.

Im Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 18/12799, wird die Forderung erhoben, die Stationierung von Bundeswehreinheiten an den Westgrenzen Russlands sofort zu beenden. Und eine weitere Forderung ist, daß sich Deutschland nicht weiter an militärischen Manövern an den Grenzen Russlands beteiligen soll. Schließlich wird noch beantragt, daß Deutschland seine weitere Mitarbeit am Raketenschirm in Osteuropa einstellen und sich für ein atomwaffenfreies Mitteleuropa einsetzen soll, um Vertrauen zu Russland zu bilden. Wenn man diesen Antrag liest, dann könnte man meinen, Rußland sei eine atomwaffenfreie Zone.

Glaubhafter wäre doch die Forderung, daß gerade Rußland als Atommacht sich militärisch zurückhalten und Moskau nicht permanent den Luftraum anderer Staaten verletzen sollte. Dabei wäre doch gerade dies ein wichtiger Schritt zur Deeskalation und zur Entspannung. Ich kann auch kein Wort der Kritik am russischen Eroberungsfeldzug finden, der in Südossetien und Abchasien begann, sich über die Krim erstreckte und gerade in der Ost-Ukraine Station macht.

Meine Damen und Herren, ich bin kein Verfechter von Atomwaffen und ich bin dagegen, daß Deutschland Atomwaffen anschafft. Deutschland hat das Übereinkommen zum Verbot von Antipersonenminen und das Übereinkommen zum Verbot von Streumunition ratifiziert. Wir rüsten auch nicht auf, sondern passen unsere Streitkräfte lediglich der veränderten sicherheitspolitischen Lage an. Es müssen Jahrzehnte zurückreichende Versäumnisse bei der Beschaffung von militärischem Material und Gerät ausgeglichen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich würde mir wünschen, die Zeichen stünden auf Abrüstung. Leider ist das aber nicht die Realität. Hätten Sie mir im Wendejahr 1990, in dem ich zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, gesagt, daß ich mich 27 Jahre später mit Fragen der Abrüstung beschäftige, wie Sie sie formulieren, ich hätte es Ihnen nicht geglaubt. Heute ist die sicherheitspolitische Lage eine gänzlich andere als damals und sie ist anders als die, die in den vorliegenden Anträgen zum Ausdruck kommt. Wir können deshalb diesen Anträgen nicht zustimmen.

Ich danke Ihnen.